

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

XI. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 27. bis 30. November 2012

Landessynode will Gleichberechtigung fördern

Zweieinhalb Jahre wurde es diskutiert, jetzt ist es beschlossen: Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Mitglieder der Landessynode ein Gleichstellungsgesetz. Strittig waren dabei vor allem Details.

Das Gesetz, mit dem die Landeskirche die Gleichstellung vorantreiben will, ist beschlossen. Es soll Frauen und Männern die Möglichkeit eröffnen, Ämter und Berufe gleichberechtigt wahrzunehmen. Am Ende lebhafter Diskussionen trat Pastorin Hella Mahler fröhlich und erleichtert ans Podium. „Das ist eine wichtige Grundlage für Chancengleichheit in unserer Landeskirche“, sagte die Gleichstellungsbeauftragte. Nach dem Gesetz müssen die Arbeitsbedingungen künftig so gestaltet werden, dass Frauen und Männer Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Frauen und Männer sollen gefördert werden, wo sie unterrepräsentiert oder strukturell benachteiligt sind. In den Leitungsbereichen der Kirche seien Frauen nach wie vor zu wenig vertreten, hieß es in der Debatte. Unter den sechs Regionalbischöfen ist derzeit nur eine Frau. Nur ein Sechstel der 56 Kirchenkreise wird von einer Frau geleitet. Bisher haben Mahler zufolge rund die Hälfte aller Dienststellen und Kirchenkreise Gleichstellungsbeauftragte. Über die Zielsetzung des Gesetzes seien sich alle einig, betonte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Thomas Reisner. Strittig war dagegen die Frage, ob den Kirchenkreisen vorgeschrieben werden kann, dass sie



Hella Mahler begrüßt das Gesetz als wichtige Grundlage.

Gleichstellungsbeauftragte bestellen müssen. Hier einigte sich das Plenum auf eine Soll-Bestimmung und damit auf einen Kompromiss. Abweichungen seien dabei nur in Grenzen möglich, erläuterte Mahler.

Rolf Bade hatte zuvor dafür geworben, Gleichstellungsbeauftragte für alle Dienststellen verpflichtend zu machen, bei denen eine Mitarbeitervertretung besteht. Die Kirchenkreise sollten nicht ausgenommen werden. Sie sollten jedoch für Kosten, die durch Freistellungen entstehen, einen Ausgleich bekommen. Sein Antrag, über den geheim abgestimmt wurde, verfehlte jedoch knapp die Mehrheit.

(Weiter auf Seite 2)

Aus dem Inhalt

Haushalt wieder in den schwarzen Zahlen

Seite 3

Ein Schiff und seine Mannschaft

Seite 6/7

Gutes Zeugnis für Medienzentrum

Seite 11

Fritz Hasselhorn scheiterte mit einem gegenläufigen Antrag. Er wollte es allen Einrichtungen freistellen, ob sie Stellenanteile für Gleichstellungsbeauftragte möglich machen. Es reiche aus, Ziele und Aufgaben zu definieren. Hasselhorn warnte vor zusätzlichem Verwaltungsaufwand.

Christa Elsner-Solar wandte dagegen ein: „Ich habe lernen müssen, dass Verwaltung nicht Selbstzweck ist, sondern vor Willkürakten schützen soll.“ Auch Susanne Briese warb für die Beauftragten: „Es ist wichtig, dass Personen mit wachem Blick und geschult in diesem Bereich tätig sind.“ Es wäre schön, wenn die Gleichstellung von vornherein überall gelänge: „Aber das ist nicht so.“ Nach dem neuen Gesetz üben die Gleichstellungsbeauftragten

ihr Amt ehrenamtlich aus. Sie sollen dafür aber von anderen Tätigkeiten entlastet werden, und zwar mit mindestens zehn Prozent der für die jeweilige Mitarbeitervertretung vorgesehenen Stunden. Dies möge wenig erscheinen, sagte Michael Gierow: „Aber man kann mit wenigen Stunden engagiertem Einsatz doch sehr viel bewirken.“ Gierow unterstrich, es müsse im Interesse der Dienststellen liegen, künftig attraktive Arbeitgeber für Männer und Frauen zu sein. „Wo das nicht erkannt wird, ist das dumm. Gegen Dummheit hilft auch kein Gesetz.“

Die Landessynode will noch weiter darüber beraten, welche zusätzlichen Kosten mit den Beauftragungen entstehen können. Auf Antrag von Christian Sundermann will sie zudem prüfen

lassen, warum es so wenig Frauen in den Leitungspositionen gibt. Und es sollen Überlegungen angestellt werden, wie dies geändert werden kann. „Ich erlebe in Kirche und Diakonie, dass wir nicht nur hinterherhinken, sondern uns zurückentwickelt haben. Das finde ich fatal“, sagte Sundermann.

Jörn-Michael Schröder unterstützte diese Beobachtung. Häufig seien Frauen etwa in Stellenplanungs- und Finanzausschüssen unterrepräsentiert. Dies sei problematisch, weil es „die Qualität unserer Entscheidungen einschränkt“. Gerd Bohlen hob die Präambel des Gesetzes hervor, in der die Gleichstellung theologisch begründet wird. Sie bringe zum Ausdruck, „was unser lutherisches Verständnis vom Priestertum aller Gläubigen ist“.

Neue Debatte über künftige Strukturen

Die Strukturen der hannoverschen Landeskirche werden sich angesichts der demografischen Bevölkerungsentwicklung und anderer gesellschaftlicher Faktoren ändern müssen – darauf wies der LSA-Vorsitzende Jörn Surborg in seiner Auswertung zur Aktenstückreihe Nr. 98 der 23. Landessynode hin. Die Unterstützung für strukturschwache Regionen, die sich heute noch in Sonderfällen regeln lassen, betreffe in der weiteren Zukunft möglicherweise gleich mehrere Kirchenkreise. „Hier benötigen wir ganz neue Herangehensweisen, eine Flexibilität in der Gestaltung der Arbeit vor Ort“, sagte er. Im Januar soll bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum gemeinsam mit Vertretern der Gemeinden und Kirchenkreise über die künftigen Strukturen diskutiert werden.

Ein schneller Blick in die Details

Aktenstück Nr. 98: Aufgaben bleiben

Mit dem Aktenstück Nr. 98 hatte die Landessynode im Jahr 2005 ein umfassendes Zukunftskonzept beschlossen. Die Vorgaben seien konsequent umgesetzt, aber auch angepasst worden, wo dies nötig war, sagte Jörn Surborg. „Mit jeder Haushaltsentscheidung, bei jeder zusätzlichen Finanz- oder Stellengenehmigung lagen und liegen die Vorgaben des Aktenstücks

Nr. 98 als Prüfkriterium auf dem Tisch.“ Für die Auswertung hatten mehrere Ausschüsse Bilanz gezogen. Als drängendes Thema benannte Surborg den absehbaren Mangel an Nachwuchs im Pastorenberuf. Der Landessynodalausschuss rate allerdings davon ab, deshalb schon jetzt auf geplante Stellenkürzungen zu verzichten, sagte der Vorsitzende.

Haushalt wieder in den schwarzen Zahlen

Der Sparkurs seit dem Aktenstück Nr. 98 ist hart, zahlt sich aber aus. Vizepräsident Rolf Krämer konnte einen ausgeglichenen Etat vorstellen. Dabei hilft der Kirche auch die gute Wirtschaftslage.

Nach langjähriger finanzieller Durststrecke schreibt die Landeskirche wieder schwarze Zahlen. Die Landessynode beschloss einen ausgeglichenen Doppelhaushalt in Höhe von 511 Millionen Euro für 2013 und 514 Millionen für 2014. Dabei rechnet sie mit leichten Überschüssen von 10 und 13 Millionen. „Wir sind aus dem Größten raus, jedenfalls vorerst“, sagte Vizepräsident Rolf Krämer.

Die Landeskirche musste im zurückliegenden Jahrzehnt Defizite von insgesamt 300 Millionen Euro verkraften, die aus Rücklagen gedeckt wurden. Sie fuhr daraufhin den Etat stark zurück. Gegenüber 2012 ist der Haushaltsansatz für 2013 aber wieder um 50 Millionen Euro gestiegen.

Krämer führte die gute Haushaltslage vor allem auf die positive Entwicklung bei den Kirchensteuern und die gute Wirtschaftslage zurück: „So wie es aussieht, werden wir 2012 im Vergleich zu 2011 gut 20 Millionen Euro mehr in der Kasse haben.“ Er sprach von einem „Zwischenhoch“ und warnte davor, mit Strukturreformen nachzulassen. Der langfristige Trend bei der Kirchensteuer sei aufgrund von Mitgliederverlusten negativ. Die aktuell günstige Lage verschaffe der Kirche jedoch eine Atempause. 13 Kirchenkreise, die besonders hart von den Sparvorgaben betroffen sind, erhalten deshalb zusätzliche Mittel. In der mittelfristigen Finanzplanung rechnet Krämer bis 2020 mit ausgeglichenen Etats und kleinen Überschüssen.

Rund 90 Prozent des Haushaltes kommen aus Kirchensteuern. „Wir leben von den laufenden Erträgen und nicht

von der Substanz oder auf Pump“, betonte Krämer. Bei den Ausgaben schlagen die Personalkosten mit rund 80 Prozent oder etwa 400 Millionen Euro zu Buche. Damit bezahlt die Kirche ihre rund 1.800 Pastorinnen und Pastoren sowie ihre übrigen rund 27.000 Mitarbeiter. Weitere 210 Millionen sind dabei drittfinanziert durch den Staat oder durch Stiftungen.

Von Kürzungen ausgenommen sind die 619 Kindergärten mit ihren rund 9.500 Beschäftigten und etwa 48.500 betreuten Kindern. In beiden Haushaltsjahren stellt die Kirche dafür 43 Millionen Euro zur Verfügung. „Damit wird deutlich, dass die Landeskirche in diesem Bereich nach wie vor einen Schwerpunkt sieht.“ Dies solle auch ein Signal an die Kommunen sein, ihre Mittel ebenfalls auf dem bisherigen Niveau zu belassen und nicht zu kürzen.

Erstmals sind im Haushalt die Kosten für den Einzug der Kirchensteuer durch die Finanzämter veranschlagt. Dafür überweist die Landeskirche dem Land Niedersachsen rund 19 Millionen



Euro – knapp vier Prozent der Einnahmen. Stark aufgestockt wurden die Mittel für Baukosten: von 44 auf 61 Millionen. Viele der rund 8.000 Gebäude in der Landeskirche müssen demnächst energetisch saniert werden. Krämer stellte der Landessynode auch zwei Modelle für die Erweiterung des Predigerseminars in Loccum vor. Sie kann entweder am Kloster oder an der Akademie entstehen. Die Akademie-Variante ist preisgünstiger, die Kloster-Variante verspricht dagegen mehr Qualität. Eine Entscheidung darüber soll im Sommer 2013 fallen.



Abstimmung im Sitzungssaal



Jörn Surborg beim Bericht des Landessynodalausschusses

„Haus Respiratio“ weiter im Gespräch

In der Aussprache zum LSA-Bericht sorgte vor allem das geplante „Haus Respiratio“ für Diskussionen, in dem sich erschöpfte Pastoren erholen sollen. Landessuperintendent Eckhard Gorka gab zu bedenken, dass es bei einer vergleichbaren Einrichtung in Bayern ein halbes Jahr dauere, bis ein Interessent überhaupt auf die Warteliste komme. Ein solches Haus sei darum für Norddeutschland unbedingt erforderlich. „Es kostet auch, wenn Menschen da nicht hinfahren“, sagte er. Die betroffenen Pastoren seien dann weiterhin nicht einsatzfähig.

Bernd Ranke sagte, die Kosten für einen sechswöchigen Aufenthalt lägen bei weniger als zwei Monatsgehältern. „Ich werbe dafür, diese Kosten in Relation zu dem zu setzen, was jemand kostet, der nicht arbeitsfähig ist.“ Die Landeskirche solle unabhängig vom Standort ein Konzept für ein „Haus Respiratio“ erstellen, sagte Ranke. Sein Antrag, dafür einen Arbeitsauftrag zu erteilen, fand aber keine Mehrheit.

Präsident Burkhard Guntau betonte, es müsse eine Möglichkeit geben, erschöpfte Pastoren für rund sechs Wochen aus dem Dienst zu nehmen, „ohne dass dies gleich den Charakter eines Klinikaufenthaltes hat“. Der Bedarf sei hoch. „Wir müssen hier gegensteuern.“

Im Kloster Amelungsborn sieht das Landeskirchenamt jedoch zu hohe Investitionskosten. Deshalb ist inzwischen das Kloster Barsinghausen im Gespräch. Hier könne sich die Klosterkammer finanziell beteiligen. Dienste wie die Verpflegung könnten von außen eingekauft werden, erläuterte Guntau. Wichtig sei, auf einen akzeptablen Kostensatz für Interessenten zu kommen.

Kreative Köpfe gesucht

Die Zeiten, in denen es zu viele Bewerber für die Pfarrämter gab, sind passé. Künftig will die Landeskirche alle Anstrengungen unternehmen, um qualifizierten Nachwuchs zu finden.

Die Landeskirche will in den nächsten Jahren intensiv um Nachwuchs für den Pastorenberuf werben. „Der Wettbewerb um die kreativen Köpfe von morgen hat begonnen, und wir sind dafür ganz gut aufgestellt“, sagte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg. Die Kirche sei in der Pflicht, alles dafür zu tun. Die Berufsgruppe der Pastorinnen und Pastoren werde seit Jahren kleiner. Bislang bildeten Stellenstreichungen wegen knapper Kassen den Grund, sagte Surborg. Nun werde der fehlende Nachwuchs zum Problem.

Die Landeskirche rechnet für die nächsten Jahrzehnte mit einem akuten Pastorenmangel, weil sich immer weniger junge Leute für das Theologiestudium entscheiden. Die Zahl hat sich gegenüber 1995 fast halbiert: Damals waren noch 564 Studierende auf der landeskirchlichen Liste eingeschrie-

ben, – 2011 waren es nur noch 222. Nach Hochrechnungen könnte in zehn Jahren bereits jede fünfte Pfarrstelle unbesetzt sein, bis zum Jahr 2030 sogar jede zweite.

Derzeit arbeiten rund 1.800 Pastoren und Pastoren in der Landeskirche. Sie bildeten „die besten Botschafterinnen und Botschafter für den Nachwuchs von morgen“, unterstrich Surborg. Sie müssten deshalb aber auch Unterstützung und Entlastung für ihren Berufsalltag erhalten.

Für die Nachwuchswerbung plant die Landeskirche eine breit angelegte Kommunikationsstrategie, zu der auch eine Projektstelle gehört. Dafür stellt sie 420.000 Euro bereit. Auf regionalen Veranstaltungen will sie für das Theologiestudium werben und Stellen für ein Freiwilliges Soziales Jahr in Kirchengemeinden schaffen, damit Abiturienten die Arbeit dort kennenlernen können.

Landessynode hält an Idee der Kündigung fest

Vizepräsident Arend de Vries gab einen Zwischenbericht aus der Arbeitsgruppe der Konföderation, der jeweils zwei Vertreter aus allen fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen angehören.

Vizepräsident Arend de Vries berichtete aus der Arbeitsgruppe, in der die fünf Kirchen ihre künftige Zusammenarbeit beraten. Sie habe bisher zweimal getagt: „Die Verständigung geschieht relativ schnell und ist in der Regel auch nicht strittig.“ Nach seiner Einschätzung werde das Gremium jedoch keine Überlegungen zu einer künftigen vertieften Zusammenarbeit anstellen. Das sei auch nicht die Aufgabe der Gruppe. Derartige Initiativen oder Vorschläge müssten vom Rat der Konföderation kommen: „Ob das zu erwarten ist, lässt sich gegenwärtig nicht sagen.“

Die Landessynode hatte bei ihrer Tagung im Frühjahr einstimmig entschieden, den Konföderationsvertrag gegebenenfalls bis Ende 2013 zu kündigen. Sie bekräftigte mit großer Mehrheit diesen Beschluss, „unbeschadet



Vizepräsident Arend de Vries bei seiner Rede zur Konföderation

der festen Absicht, die Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Niedersachsen zu fördern und auszubauen“. Jörn Surborg nannte die bisherigen Ergebnisse ernüchternd: „Mir gehen langsam die Ideen dafür aus, wie eine Zusammenarbeit der Kirchen

vertieft werden kann.“ Bei einem Ausstieg aus der Konföderation muss die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Loccumer Vertrages aus dem Jahr 1955 geregelt werden. Darin hatten sich die Kirchen gegenüber dem Land zur Kooperation verpflichtet.

Zuschuss für Evangelische Zeitung auf Eis gelegt

Die Landeskirche stellt erneut die „Evangelische Zeitung“ auf den Prüfstand. Die Landessynode beschloss, den geplanten Zuschuss in Höhe von 460.000 Euro für 2014 vorerst zu sperren. Der Finanzausschuss begründete dies mit „finanzpolitischen Gründen“, wie sein Vorsitzender Gerhard Tödter darlegte. Die Landessynode reagierte damit auf einen Beschluss der braunschweigischen Landeskirche, die ihren Zuschuss in Höhe von 65.000 Euro für 2014 überraschend gestrichen hatte. Die hannoversche Landessynode will nun intensiv über die Zukunft des Blat-

tes beraten. Die Wochenzeitung wird gemeinsam mit der Nordkirche herausgegeben. Träger in Niedersachsen sind die Landeskirchen von Braunschweig, Hannover und Oldenburg. Die Zahl der Abonnements in Niedersachsen hatte sich in den vergangenen fünf Jahren von rund 24.000 auf 12.000 etwa halbiert. Die Zeitung hat nach Angaben von Geschäftsführer Christof Vetter einen Gesamtumsatz von 1,5 bis 2 Millionen Euro im Jahr.

Das Layout und die Themenwahl hätten sich stark verbessert, sagte Vizepräsident Rolf Krämer. Leider schlage

sich das nicht in den Verkaufszahlen nieder. Vizepräsident Arend de Vries betonte, mit dem Sperrvermerk sei noch keine Vorentscheidung getroffen. LSA-Vorsitzender Jörn Surborg, zeigte sich irritiert, dass sich der braunschweigische Partner aus einer Gemeinschaftsaufgabe zurückgezogen habe, ohne die hannoversche Seite vorher zu informieren. Der Landessynodalausschuss kann den zunächst gesperrten Zuschuss in Absprache mit dem Ausschuss für Öffentlichkeit, Medien und Kultur und dem Finanzausschuss wieder freigeben.

Ein Schiff, das sich Gemeinde nennt

Landesbischof Meister nahm die Landessynode mit auf eine spannende Reise und berichtete von über die Zukunft der kirchlichen Strukturen, das Grundprinzip der Subsidiarität, die Rolle der ehren

Landesbischof Ralf Meister hat in seinem Bericht vor der Landessynode eine Tendenz zur Übersteuerung in der Kirche beschrieben. Zwar könne die Kirche ihrem Auftrag ohne Organisation nicht gerecht werden. Doch auf dem „Schiff, das sich Gemeinde nennt“, stünden sich die Menschen auf der Brücke mitunter gegenseitig auf den Füßen. Er glaube, dass die Kirche mittelfristig andere Modelle brauche: „Wir sind aufgerufen, über grundlegende Verfassungsänderungen zu diskutieren und zu überlegen, wie wir kirchenleitende Organe zusammenführen können“, betonte er in der Aussprache zu seinem Bericht.

Die Vision, als Volkskirche an allen Orten präsent sein zu wollen, habe auch zu Überforderungen der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden geführt. Darunter habe die Leidenschaft und Freude gelitten, Gemeinschaft zu



Landesbischof Ralf Meister

bilden: „Die Leidenschaft innerhalb unserer Kirche braucht geistliche Gestaltungsräume.“

Zu seinen Besuchen in den Kirchenkreisen sagte der Landesbischof, das hohe Maß der Selbstorganisation kleiner Gemeinden habe ihn beeindruckt. Deshalb habe er beschlossen, in den

kommenden Jahren in jedem Kirchenkreis eine Kirchengemeinde zu besuchen, die seit Jahrzehnten von keinem Bischof mehr besucht worden sei.

Meister ging auch auf die Kritik der Medien an der Diakonie ein. Bei dieser Kritikwelle werde das politische Grundprinzip der „Subsidiarität“ infrage gestellt. Nach diesem Grundsatz erbringe der Staat soziale Dienstleistungen nicht selbst, finanziere sie aber. In Deutschland seien deshalb ideell unterschiedlich ausgerichtete Träger von Sozialleistungen aktiv. Die Gesellschaft müsse weiterhin ein hohes Interesse daran haben, dass unterschiedliche Anbieter und eben auch die Kirchen soziale Leistungen erbrächten. „Der soziale Dienst soll um der Menschen willen aus der Mitte der Gesellschaft heraus geleistet werden“, betonte der Landesbischof. „Müsste der Staat die sozialen Aufgaben ganz

Wichtiges in Kürze

Die Visitation von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen ist neu geregelt worden. Unter anderem können künftig ehrenamtliche Mitglieder von Kirchenkreisvorständen an Gemeindevisitationen mitwirken, erläuterte Fritz Hasselhorn. Fachberichte müssen rechtzeitig vorliegen, Kirchenvorstände können auch in Abwesenheit des Pastors mit dem Visitator sprechen. Die Regelung für Nachgespräche wurde gelockert. Vizepräsident Arend de Vries betonte, die Visitation sei eine Chance für den Gemeindeaufbau.

Die Sonderregelungen für den Stadtkirchenverband Hannover werden künftig in die Kirchenkreisordnung integriert. Das alte Verbandsgesetz wird aufgehoben. Der Stadtkirchenverband sei deutlich größer als andere Kirchenkreise und habe mehrere Superintendenten, erläuterte Knut Laemmerhirt für den Kirchensenat. Außerdem sei der Stadtkirchenverband sehr groß. Nach der neuen Regelung vertreten sich die Superintendenten gegenseitig. Die Pastoren kommen in einem Gesamtkonvent zusammen.

Wenn Kirchenvorstände oder Kirchenkreisvorstände ihre Pflicht verletzen, können sie von der Aufsichtsbehörde künftig in einem abgestuften Verfahren ermahnt werden. Falls die erste Ermahnung nichts bewirkt, kann die Aufsicht androhen, den Vorstand aufzulösen. Die Landessynode beschloss, die Kirchengemeindeordnung und die Kirchenkreisordnung entsprechend zu ändern. Bisher gab es als schärfstes Mittel nur die Auflösung. „Dies war selten, aber für alle sehr belastend“, sagte Knut Laemmerhirt vom Kirchensenat.

nt, muss eine Mannschaft sein

seinen Eindrücken und Schlussfolgerungen nach anderthalb Jahren auf dem Schiff „Landeskirche“: amtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Respekt vor der Adventszeit und das Wahljahr 2013

allein schultern, wäre er überfordert.“ Meister erinnerte dabei an die vielen Ehrenamtlichen in Kirche und Gesellschaft: „Gemeinnützige, ideell ausgerichtete Träger motivieren diese Menschen, als engagierte Bürger zum Wohle der Mitmenschen ehrenamtlich mitzuarbeiten.“ Das Ehrenamt sei für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft unverzichtbar, sagte er unter dem Beifall des Kirchenparlaments. Außerdem forderte der Landesbischof mehr Respekt vor der Adventszeit. Er übte scharfe Kritik daran, dass in einigen Städten die Weihnachtsmärkte schon vor dem Buß- und Bettag eröffnet hätten: „Welche unglaubliche kulturelle Verwahrlosung greift unter ökonomischen Prinzipien hier durchs Land.“ Meister forderte die Landessynode auf, das Wahljahr 2013 aufmerksam zu begleiten und die Politiker selbstbewusst zu befragen.

Was das Plenum dazu sagt

Susanne Briese sagte, es gebe viele Menschen auf der Schiffsbrücke, die meinten, Bescheid zu wissen. Dennoch sei sie vom Konsensprinzip überzeugt: „Das Priestertum aller Glaubenden heißt auch, selbst mitzubestimmen.“

Jens Rannenberg unterstrich, dass der Landesbischof fundamentale Anfragen an die Zukunft der Landeskirche gestellt habe. Rolf Bade betonte, dass der Begriff der „Volkskirche“ weitergeschrieben werden müsse zu einer „Kirche für das Volk“. Carsten Wydora mahnte, dass mancher Kirchenvorstand mit den komplexen Aufgaben überfordert sei.

Die Mitglieder der Landessynode begrüßten die neuen Regelungen für Predikanten, die Susanne Briese als

„Quantensprung“ beschrieb. Vizepräsident Arend de Vries ergänzte, dass Diakoninnen und Diakone mit Prädikantenausbildung künftig auch Beerdigungen übernehmen könnten.

Auf Antrag von Fritz Hasselhorn beschloss das Kirchenparlament, die Abschnitte des Berichts zur „Kybernetik“ und „Stärke der Kleinen“ zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schwerpunkte und Planung kirchlicher Arbeit zu überweisen. Auf Antrag von Christian Sundermann wurden die Ausschüsse für Theologie, Kirche und Mission sowie für Diakonie und Arbeitswelt gebeten, die gesellschaftlich grundlegenden Prinzipien von Subsidiarität allgemeinverständlich zu beschreiben. Sie sollen Ideen entwickeln, diese öffentlich zu kommunizieren.

Die Landessynode hat beamtenrechtliche Regelungen an das Dienstrecht in der EKD und an das Landesrecht angepasst. Dabei hält sie fest, dass der Kirchensenat Dienstvorgesetzter der hauptamtlichen Mitglieder des Landeskirchenamtes und der Referatsleiter ist. Er kann Aufgaben an den Präsidenten des Landeskirchenamtes delegieren. Weiter wurde ein Gesetz beschlossen, nach dem das Landeskirchenamt einzelne Verwaltungsaufgaben künftig flexibler an andere Kirchenbehörden und Stellen delegieren kann.

Ein neues Klimaschutzkonzept für die Landeskirche soll dazu beitragen, die Umwelt zu schonen und Energie zu sparen. Experten empfehlen dabei 51 Projekte, die den Ausstoß von Treibhausgasen verringern sollen, sagte der Umweltbeauftragte Reinhard Benhöfer. Das Konzept werde von der Bundesregierung großzügig unterstützt und sei damit kostenneutral. Benhöfer sprach von einer „einmaligen Gelegenheit“. Seit 2008 habe die Landeskirche bereits 17 Millionen Euro in den Klimaschutz gesteckt.

In einem Urantrag hat sich die Landessynode für mehr Einigkeit unter den Protestanten ausgesprochen. Das Verbindungsmodell von Lutheranern, Reformierten und Unierten in der EKD solle fortentwickelt werden. Außerdem solle sich die EKD ein Grundbekenntnis geben. „Mir erscheint es höchst erstrebenswert, dass unser kirchlicher Überbau nicht unnötig Ressourcen verbraucht“, sagte Philipp Meyer. Wichtig seien nicht die Strukturen, sondern ihr Zweck. Konfessionelle Bünde könnten Konvente innerhalb der EKD bilden.



Die Pläne für das Zentrum finden Anerkennung.

Zentrum für Seelsorge geplant

Die Landeskirche will ihre speziellen Seelsorgeangebote künftig besser vernetzen und in einem gemeinsamen Zentrum unter einem Dach zusammenführen.

Von A wie „Aids-Seelsorge“ bis Z wie Seelsorge in „Zoll und Polizei“ gibt es 14 verschiedene Bereiche der Spezialseelsorge in der Landeskirche. Sie sollen künftig in einem Zentrum für Seelsorge ein Dach unter gemeinsamer Leitung erhalten. Es gibt 84 Pfarrstellen und 40 Diakonenstellen in diesem Bereich. 35 weitere Pastorinnen und Pastoren sind zusätzlich in Krankenhäusern und Altenheimen tätig. „Bisher waren die Angebote häufig nicht ausreichend aufeinander abgestimmt“, erläuterte Oberkirchenrätin Susanne Kruse-Joost einen Bericht des Landeskirchenamtes.

So klagten Krankenhauseelsorger darüber, dass Patienten wegen des Kostendrucks nach immer kürzeren Liegezeiten entlassen würden. Um diese Menschen zu begleiten, sei es sinnvoll, wenn Krankenhaus-, Altenheim-, und Hospizseelsorger noch enger zusammenwirkten. Zudem

könnten Aus- und Fortbildungen mit dem neuen Zentrum besser gemeinsam entwickelt werden, heißt es in dem Bericht.

Die Stellen in Altenheimen, Krankenhäusern, Gefängnissen und der Telefonseelsorge behalten ihre regionale Anbindung, werden aber durch das neue Zentrum fachlich begleitet. Der Standort für das Zentrum mit künftig vier Mitarbeitenden ist in der Nähe der Medizinischen Hochschule Hannover. Gunda-Marie Meyer begrüßte die Pläne: „Die Seelsorge bekommt damit ein neues Gewicht.“ Der Diakonie- und Arbeitsweltausschuss werde die Arbeit des Zentrums gern begleiten.

Michael Thiel erhofft sich von dem Zentrum Impulse für die Seelsorge auch in der Fläche der Landeskirche. „Seelsorge gehört zu den Kompetenzen, die man von der Kirche erwartet.“ Oft bleibe dafür zu wenig Zeit. Hier sei Ermutigung wichtig.

Auf dem Weg ins Jahr 2016

Das Landeskirchenamt hat einen umfangreichen Bericht über die Ergebnisse der Planungsprozesse in den Kirchenkreisen für die Jahre 2013 bis 2016 vorgelegt. Dabei zeigte sich, dass bei den Pfarrstellen und Kirchenmusikern die geplanten moderaten Kürzungen eingehalten werden. Bei den Diakonen werden mehr Stellen gekürzt als vorgesehen - im Zeitraum zuvor war allerdings weniger reduziert worden. Ursache dafür ist unter anderem, dass befristete Stellen auslaufen. Der Bericht beleuchtet auch inhaltliche Handlungsfelder anhand der Grundstandards.

Bei der Einbringung betonte Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch: „Wir müssen Schwerpunkte setzen, damit wir unsere finanziellen Ressourcen und die Kräfte der Menschen, die für unsere Kirche arbeiten, nicht überfordern.“ Inhaltliche und finanzielle Planung müssten verbunden werden: „Sonst bauen wir entweder Luftschlösser oder das Sparen wird zum Selbstzweck.“

Kerstin Dede wies darauf hin, dass viele Stellen für Jugendarbeit und Kirchenmusik durch Stiftungen oder Fördervereine mitfinanziert würden. Dies werde im Bericht nicht sichtbar. „Ich finde das ungerecht.“ Engagierte Kirchenkreise würden so benachteiligt, weil die Einsparungen, die sie erbracht hätten, nicht deutlich würden. Ihr Antrag, eingeworbene Drittmittel mit darzustellen, fand Zustimmung.

Jens Rannenberg sagte, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kirchenkreisen und den freien diakonischen Trägern nicht auftauche. Hier sehe er aber ein großes Potenzial zur Finanzierung, etwa bei den Beratungsstellen. Sein Antrag, dies zu prüfen, wurde angenommen.

Jahr der Kirchenmusik hallt nach

Mit Gospel-Gesang brachte sich die Landessynode in Stimmung für den Rückblick auf das „Jahr der Kirchenmusik“. Filmclips des Evangelischen Kirchenfunks machten die Aktionen wieder lebendig.

„Liebe ist das Gebot“ schmetterten die Synodenmitglieder begleitet von Musiker Micha Keding. Der Hit aus dem Pop-Oratorium „Die 10 Gebote“ erinnerte an den Auftakt des „Jahres der Kirchenmusik“ 2012, das nicht nur in Zahlen ein Erfolg war. Allein 3.000 Gospelsängerinnen und -sänger seien in dem Musical aufgetreten, sagte Jochen Arnold vom Michaeliskloster in Hildesheim.

2.500 Musikerinnen und Musiker kamen zum zentralen „Gottesklang-Fest“ in Hildesheim. 48 Aktionen umfasste die Reihe „Neuland“ mit Musik an mehr als 70 ungewohnten Spielorten. „Kirchenmusik in ungewohnten Kontexten und in ihrer Vielfalt erlebbar zu machen, das war unser Ziel“, sagte Landeskirchenmusikdirektor Hans-Joachim Rolf. Oberlandeskirchenrat Klaus Grünwaldt ergänzte: „Das Jahr der Kirchenmusik hat auch in die Fläche gewirkt.“ Wie bunt es dabei zugeht, veranschaulichte die Hildesheimer Landesposaunenwartin Silke Lindenschmidt. „Raus aus den Kir-



Filme erinnern an die Aktionen von „Neuland“.

chenmauern, hin zu den Menschen“, sei die Devise von „Neuland“ gewesen. Da erklang das Harmonium am Elbdeich, der Gospelchor trat im Einkaufszentrum auf, und Kinder sangen im Wildpark. Die nächsten Themenjahre

auf dem Weg zum Reformationsjubiläum haben die Schwerpunkte „Reformation und Toleranz“ (2013) und „Reformation und Politik“ (2014). Die Landessynode will sich über die Planungen informieren lassen.

Kampagne „Erwachsen glauben“ soll solide Basis bekommen

140 Kurse mit mehr als 180 beteiligten Kirchengemeinden wurden 2011 erfasst. Die erfreuliche „Dunkelziffer“ dürfte noch höher liegen, sagte Gerd Bohlen. Die Kampagne „Erwachsen glauben“ der Evangelischen Kirche in Deutschland ist in der hannoverschen Landeskirche gut angekommen. Auch für das kommende Jahr seien bereits

mehr als 140 der Glaubenskurse nach acht Modellen geplant, sagte Bohlen. Um dieses Erfolgsprojekt auf eine solide Basis zu stellen, sollen 2013 und 2014 Grund- und Vertiefungsseminare für Kursleiter angeboten werden. Für das Konzept, das auch eine halbe Personalstelle umfasst, sind pro Jahr 65.000 Euro im Haushaltsplan vorge-

sehen. Die Landessynode will dabei die Erfahrungen auswerten lassen, und das Konzept möglicherweise noch länger fördern. Die Resonanz zeige sich auch in Aussagen bisheriger Teilnehmer, sagte Bohlen. „Von all meinen Reisen war dies bisher die wertvollste – die Reise in das Land des Glaubens“, zitierte er ein Beispiel.

Mehr Freiheiten für Prädikanten

Nach mehr als 25 Jahren liegt mit der Agende IV/1 „Berufung, Einführung, Verabschiedung“ eine neue Gottesdienstordnung vor. Sie wurde laut Beschluss der Landessynode am ersten Advent in der Landeskirche eingeführt. Vizepräsident Arend de Vries sagte bei der Einbringung, die neue Agende berücksichtige die wachsende Bedeutung des Ehrenamtes in der evangelischen Kirche.

Die größte Veränderung zeige sich darin, dass das Wort „Ordination“ im Titel nicht mehr gesondert vorkomme, sondern dass von „Berufung“ die Rede sei. Dies sei auf die Empfehlung in der Studie „Ordnungsgemäß berufen“ der Bischofskonferenz der deutschen Lutheraner von 2006 zurückzuführen. Damit werde auch der Prädikantendienst neu bestimmt, der vorher mit keiner Silbe erwähnt worden sei, sagte

de Vries. Ordnungsgemäß zur freien Wortverkündigung berufen seien jetzt also ordinierte Pastorinnen und Pastoren sowie beauftragte Prädikantinnen und Prädikanten.

Zeitgleich zur neuen Agende hat der Bischofsrat der Landeskirche für alle Prädikanten eine Beauftragung mit dem Recht zur Wortverkündigung und zur Leitung von Abendmahlsfeiern ausgesprochen. Bisher war letzteres nur in Einzelfällen möglich.

Die Prädikanten, die diese Feiern künftig leiten wollen, brauchen jedoch eine entsprechende Qualifikation. Deshalb wird die zweijährige Ausbildung inhaltlich entsprechend erweitert. Prädikanten, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben und schon länger im Amt sind, können sich nachschulen lassen. Dafür wird es vom nächsten Sommer an Kurse geben.

Neue Chancen für die Jugendarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen Ganztagschulen und der evangelischen Jugendarbeit birgt für die Kirche vielfältige Chancen. Davon ist der Jugendausschuss überzeugt. Es handele sich geradezu um eine „win-win-Situation“, sagte Ausschussvorsitzender Martin Runnebaum. Jugendliche, die sonst nicht zu kirchlichen Veranstaltungen kämen, seien leichter erreichbar. Die Jugendarbeit könne so ihr Image verbessern und auch Jugendliche außerhalb der Mittelschicht erreichen. Neue Prozesse könnten in Gang kommen, eingefahrene Strukturen verändert werden. Dorothee Lüdeke berichtete von guten Erfahrungen in ihrem Kirchenkreis, der eine Diakonin für die Kooperation mit mehreren Schulen angestellt hat. „Wir können nur empfehlen, das in Angriff zu nehmen.“

Gottesdienstteam aus Lüneburg geehrt

Für regelmäßige Gottesdienste mit Demenzkranken hat ein Mitarbeiterteam aus Lüneburg den Preis der „Stiftung zur Förderung des Gottesdienstes“ bekommen. Pastor Eckhard Oldenburg und Diakonin Antje Stoffregen sowie Angelika Reitberger von der Alzheimer-Gesellschaft nahmen die mit 2.500 Euro dotierte Auszeichnung vor der Landessynode entgegen. Die Gottesdienste unter dem Titel "Vergiss mein nicht" werden seit 2008 mit rund 100 bis 150 demenzkranken und anderen Teilnehmern zweimal im Jahr in der Lüneburger St. Nicolaikirche gefeiert. Die Stiftung verlieh den bundesweit ausgeschriebenen Preis zum vierten Mal seit 2008. EKD-Oberkirchenrätin Inken Richter-Rethwisch würdigte die



Gottesdienst-Reihe als „gelungene Form von Inklusion, die unserer Kirche Profil und Erkennbarkeit verleiht“. Die Gottesdienste leisteten seelsorgerliche Arbeit im besten Sinne und bauten Brücken zwischen ganz verschiedenen

Menschen. EKD-Oberkirchenrat Stephan Goldschmidt sagte, die hannoversche Landeskirche könne stolz darauf sein, dass in ihren Reihen solche „qualitativen und innovativen“ Gottesdienste gefeiert würden.

Kirchlicher Neustart im Internet

Der Servicegedanke steht im Mittelpunkt des neuen Internetauftritts der Landeskirche. Das Netz solle dazu beitragen, evangelische Gemeinschaft zu organisieren, sagte der Leiter der Internetarbeit im Evangelischen MedienServiceZentrum (EMSZ), Pastor Kay Oppermann. Er präsentierte der Landessynode die Neuerungen im landeskirchlichen Internet, die gemäß den Vorgaben multimedial, aktuell und kommunikativ sein sollen.

Die drei Systeme 1, 11 und 111 böten den Nutzerinnen und Nutzern viele Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden, erläuterte Oppermann. Kirchliche Institutionen und Einrichtungen können sich auf den Seiten nicht nur selbst präsentieren. Mit dem System 111 stellte Oppermann auch ein kirchliches Netzwerk vor.

Es bietet Kirchengemeinden und Gruppen nach seinen Worten eine sichere Plattform als Alternative zu Facebook. Die Adresse „www.wir-sind-evangelisch.de“ oder „www.wir-e.de“ sei ein „hervorragender Platz für Erlebnisse rund um Kirche und Glaube“.

Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer informierte als Publizistik-Referent über „die großen Fortschritte, die im Zusammenhang mit dem Relaunch zu vermelden sind“. Ausdrücklich dankte er allen Beteiligten, die in den vergangenen zwölf Monaten mit einer überschaubaren Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Erstaunliches geleistet hätten. In erster Linie nannte er den Direktor des EMSZ, Pastor Christof Vetter, der sich engagiert und ideenreich in den Neustart eingebracht habe. Das gelte besonders für die „Tagesthemen“ der Web-Seite. Vetter habe die Idee dazu gehabt und sie gemeinsam mit anderen mit großem Elan umgesetzt.



Das Laptop hat längst seinen festen Platz in der Landessynode.

Gutes Zeugnis für EMSZ

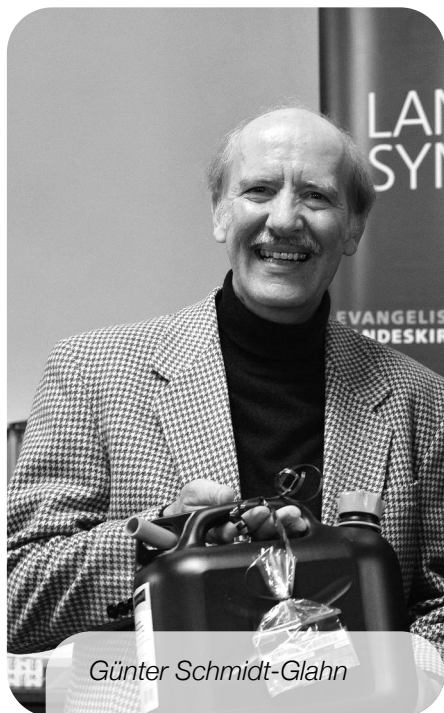
Eine externe Agentur hat die Arbeit des Medien-Zentrums bewertet – Vizepräsident de Vries stellte die Ergebnisse vor.

Die Agentur hat dem Evangelischen MedienServiceZentrum (EMSZ) der Landeskirche mit seinen drei Abteilungen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Öffentlichkeitsarbeit der 2010 gegründeten Einrichtung sei hervorragend vernetzt, und das Fundraising stehe im bundesweiten Ranking der Landeskirchen ganz oben, sagte Vizepräsident Arend de Vries in einem Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Evaluation. „Und mit unserem Internetauftritt sind wir in der Fußballsprache von einem gesicherten Mittelfeldplatz auf einen Champions-League-Platz vorgestoßen.“ Allerdings sei die Internetabteilung zu dünn besetzt und die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit müsse deutlicher definiert werden.

Ein besonderes Lob sprach de Vries dem EMSZ-Direktor Pastor Christof Vetter für seine kreative Arbeitsweise aus. De Vries erinnerte daran, dass das

Konzept ursprünglich größer gedacht gewesen sei, und dass auch das Lutherische Verlagshaus, der Verband Evangelischer Publizistik und der Evangelische Kirchenfunk mit einbezogen werden sollten. Noch fehle sowohl eine klare Rollendefinition für das EMSZ als auch ein umfassendes Kommunikationskonzept in der Landeskirche. Ein Manko bleibe die dezentrale Unterbringung der Abteilungen in verschiedenen Gebäuden.

Auch der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, betonte, dass die Zusammenarbeit durch eine räumliche Bündelung noch wachsen könne. Zwar gebe es noch viele Probleme, aber eine grundsätzliche Infragestellung des EMSZ lasse sich nicht erkennen. Surborgs Antrag zufolge sollen die endgültigen Ergebnisse der Landessynode im Frühsommer vorgelegt werden.



Günter Schmidt-Glahn

Abschied nach 40 Jahren

Nach mehr als 40 Jahren Dienst im Landeskirchenamt hat die Landessynode Kirchenamtsrat Günter Schmidt-Glahn (62) verabschiedet. „Sie kannten sich mit den Freuden und Leiden des Landessynodalausschusses aus wie kein anderer“, sagte Synodenpräsident Jürgen Schneider. In Anspielung auf Schmidt-Glahns Hobby, mit dem Wohnmobil zu verreisen, brachten LSA und Landessynode ihm ein Ständchen frei nach Hannes Waders „Heute hier, morgen dort“ und schickten ihn mit langem Beifall in den Vorruhestand.

Auf den Punkt gebracht

„Glauben Sie an eine gemeinsame niedersächsische Kirche?“ – „Mittelfristig.“ Kurze Pause: „Vielleicht etwas länger als mittelfristig.“ (*Landesbischof Meister auf die Frage eines Journalisten*)

„Mir machen Synodentagungen Spaß. Bis zur letzten Minute.“ (*Philipp Meyer kurz vor Ende der Tagung*)

„Sie können Zahlen so darstellen, dass man es mit Freude hört. Wenn ich das im Kirchenvorstand erzähle, können die das gar nicht glauben.“ (*Martin Steinke zu Vizepräsident Krämer*)

„Wo Kirche drauf steht, muss Kirche auch drin sein.“ (*Christian Sundermann zum Dritten Weg*)

„Wir wollen dem Heiligen Geist nicht im Wege stehen.“ (*Jörn Surborg*)

Leitungsämter bald auf begrenzte Zeit

Die Landessynode hat die Amtszeitbegrenzung für das Bischofsamt und die Landessuperintendenten auf den Weg gebracht. Sie sollen ihre Ämter künftig zunächst für zehn Jahre wahrnehmen. Im Fall des Bischofs oder der Bischöfin kann das Kollegium die Amtszeit bis zum Ruhestand verlängern – die Landessynode kann aber widersprechen. Der Kirchensenat zog in seinen Entwürfen auch einige Konsequenzen aus der Bischofswahl vor zwei Jahren. So darf künftig im dritten Wahlgang auch nur ein einziger Kandidat antreten. Fristen zwischen den Wahlgängen wurden ge-

strichen. Die Kandidaten können die Wahl durch die Landessynode auch nach der Tagung annehmen. Landessuperintendenten werden vom Kirchensenat gewählt. Synodenmitglieder aus dem jeweiligen Sprengel haben dabei ein Einspruchsrecht.

Drei Kirchengesetze dazu wurden in die Ausschüsse überwiesen. Dabei will die Landessynode auch Unklarheiten beseitigen, die beim Rücktritt von Margot Käßmann deutlich wurden. Dabei geht es um die Stellung als Pastor oder Pastorin nach einem Ausscheiden aus dem Amt oder um Besoldungsfragen.

Wenn Sie sich künftig nach jeder Tagung der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung informieren wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“ beziehen möchten, bestellen Sie dies bitte beim Lutherischen Verlagshaus GmbH, Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover, Telefon 0511/1241-736, Fax 0511/1241-705, E-Mail synode@lvh.de

Herausgegeben im Auftrag der
24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover

Redaktion:

Ulrike Millhahn (verantwortlich)

Michael Grau, Karen Miether

Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,

Martina Rosenwirth

Lutherisches Verlagshaus

Fotos: Jens Schulze

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen

Unter Mitwirkung der
Öffentlichkeitsbeauftragten
www.evlka.de/synode